

# Bidens „grüne“ Politik folgt Europa direkt ins Dunkel

geschrieben von Chris Frey | 22. April 2023

**Craig Rucker**

Präsident Biden und die Demokraten im Kongress machen sich ständig Gedanken über den „Klimawandel“. In der Tat haben sie ihn zu einer so hohen Priorität gemacht, dass sie einen „[regierungsweiten Ansatz](#)“ verfolgen, um ihn anzugehen. Bei der Erfüllung ihrer Ziele, die Emissionen einzudämmen, hat die gesamte [Biden-Regierung](#) systematisch und absichtlich das leistungsfähige, zuverlässige Energiesystem, das Amerika im letzten Jahrhundert aufgebaut hat, [demontiert](#) und an seiner Stelle nur vage Versprechungen über ein „sauberes, erneuerbares“ System gemacht, das auf [wundersame Weise](#) an seine Stelle treten wird [in deutscher Übersetzung [hier](#)].

Das ist ein kühnes Versprechen. Es ist aber auch ein törichtes

Der Grund dafür ist, dass es nirgendwo auf der Welt ein solides Beispiel dafür gibt, dass sich grüne Energie als Hauptenergielieferant als „erfolgreich“ erwiesen hat. Das Team Biden besteht darauf, dass wir dem Beispiel Europas in Sachen „grüne Energie“ [folgen](#) sollten, denn unsere Freunde jenseits des Atlantiks haben angeblich gezeigt, dass die „Energiewende“ funktioniert. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall. Die aktuellen Nachrichten aus Europa sollten selbst die eifrigsten Klimaaktivisten aus ihren Albträumen von Extremwetterlagen und grünen Utopien aufrütteln.

Trotz des unerwartet milden Winterwetters, des Verbots von Fracking zur Gask Gewinnung in Europa und des anschließenden Embargos für russisches Gas wegen Putins Krieg in der Ukraine mussten die EU-Länder zwischen Januar 2021 und Februar 2023 1,2 Billionen Dollar für Energieimporte ausgeben. Die LNG-Importe lagen 2022 um 60 % und 25 Mrd. USD höher als 2021, da Europa mehr für importierte Brennstoffe ausgab als China, Japan und Südkorea zusammen.

Russland hat sein Gas lediglich anderweitig verkauft und die Gewinne zur Finanzierung weiterer Waffen und zur Stützung seiner Wirtschaft verwendet.

Die Haushalte in der EU haben seit Jahren Mühe, ihre Rechnungen zu bezahlen, da Arbeitsplätze verschwinden und die [Preise](#) für Lebensmittel, Benzin und Strom in die Höhe schießen. Im Jahr 2022 stiegen die Lebensmittelkosten auf dem gesamten Kontinent um durchschnittlich 18 %, in Litauen um 32 % und in Ungarn um 48 %. Ein durchschnittlicher Neuwagen in Großbritannien kostet 43 % (14.400 \$) mehr als vor fünf

Jahren und ist für Familien der Mittelschicht unerschwinglich.

Experten zufolge könnten die [Strompreise](#) in Deutschland im Zeitraum 2023-2024 40 Cent pro Kilowattstunde erreichen und dann auf 50 Cent steigen. Großbritannien ist nicht weit davon entfernt. (Zum [Vergleich](#): In den USA liegt der Durchschnittspreis bei 12,5 Cent/kWh, wobei die Spanne von 8,4 Cent in Wyoming über 18,3 in New York und 21,0 in Kalifornien bis zu 42,4 in Hawaii reicht).

Noch schlimmer ist, dass die deutsche Regierung Familien dazu zwingen will, Gasöfen durch Wärmepumpen zu ersetzen, die mit diesem teuren Strom betrieben werden, aber die Häuser nicht einmal warm halten. Familien, die sich nicht daran halten, sollen mit 50.000 Euro (53.600 Dollar) bestraft werden.

Die gesamte britische Autoindustrie könnte in Konkurs gehen, da die Herstellung (vor allem von Elektrofahrzeugen) durch die [Net Zero-Politik](#) gegenüber China immer weniger wettbewerbsfähig wird. Das Reich der Mitte beherrscht mit seinem kostengünstigen Kohlestrom, der Kontrolle über wichtige Metalle und Mineralien, minimalen Umweltstandards und billiger Sklaven- und [Kinderarbeit](#) die Märkte für Autos, Batterien, Windturbinen und Solarzellen. 900.000 Arbeitsplätze in der deutschen Automobilindustrie und Zehntausende in Italien sind vom Wegbrechen bedroht.

Es überrascht nicht, dass ein Zehntel der deutschen Unternehmen plant, ihren Betrieb in andere Länder zu verlagern. Der große deutsche Chemiekonzern BASF baut 2.600 Stellen ab, weil die Kosten in die Höhe schießen, die Gasversorgung begrenzt ist, die Bürokratie überhand nimmt und die Steuern zu hoch sind. Das grüne Europa starrt in den Abgrund.

In der Zwischenzeit sind China und Indien auf dem Vormarsch – sie nutzen Kohle und Erdgas (und eine Prise Wind- und Solarenergie für gute PR und ESG-Bewertungen), um Haushalte, Fabriken, Schulen und Unternehmen zu elektrifizieren. „China setzt auf billige Kohle, um den grünen Westen zu schlagen“, während „Indien die Rückkehr von King Coal [bejubelt](#)“, so Reuters.

Kein Wunder, dass die Europäer unruhig und wütend werden. Eine britische Stadt, die zum „ersten [Netto-Null-Dorf](#)“ des Landes ernannt wurde, lehnte sich gegen die Wärmepumpen auf, die sie bekommen sollte, und die Bürokraten machten einen Rückzieher. Deutschland, Italien und fünf weitere EU-Länder haben sich angesichts der Empörung über das drohende Autosterben zu einer Allianz zusammengeschlossen, um sich dem geplanten Verbot von Verbrennungsmotoren zu widersetzen.

Vielleicht sollten wir uns also von Europa gute, praktische Lektionen in Sachen „Going Green“ anschauen. Aber vielleicht sollten wir daraus nicht die gleichen Schlüsse ziehen wie die Biden-Regierung.

*This article originally appeared in [The Daily Caller](#).*

**Autor:** [Craig Rucker](#) is a co-founder of CFACT and currently serves as its president.

Link:

<https://www.cfact.org/2023/04/18/bidens-green-policies-following-europe-straight-into-the-dark/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE